

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	20
Kapitel 1: Der Markt für Wärme aus erneuerbaren Energien – eine Bestandsaufnahme: Bedeutung, Ziele, Verpflichtungen und bisherige Förderansätze	25
A. Der Markt für Energie zur Wärmebereitstellung	25
B. Die Motive zur Förderung von Wärme aus erneuerbaren Energien	26
I. Der Schutz des Klimas	26
II. Die Sicherung der Energieversorgung	28
III. Die Förderung der technologischen Entwicklung und die Sicherung von Arbeitsplätzen	28
IV. Die Staatszielbestimmung nach Art. 20a GG	29
C. Die internationale und nationale Klimaschutzpolitik	30
I. Die Klimarahmenkonvention	30
II. Das Kyoto-Protokoll	31
III. Der internationale Klimaschutz im Rahmen der EU	32
IV. Die nationale Klimaschutzpolitik der Bundesregierung	33
1. Bisherige Ansätze zur Förderung erneuerbarer Energien	33
a) Die Förderung der erneuerbaren Energien im Strommarkt	33
b) Die Förderung der erneuerbaren Energien im Kraftstoffmarkt	34
c) Die Förderung der erneuerbaren Energien im Wärmemarkt	35
2. Das Integrierte Energie- und Klimaprogramm der Bundes- regierung	37
D. Der Aufbau der vorliegenden Arbeit	37
Kapitel 2: Darstellung und Bewertung der einzelnen Förderinstrumente	39
A. Die Subventionen	40
I. Die denkbaren Erscheinungsformen von Subventionen	41
II. Die Vereinbarkeit mit dem formellen nationalen Verfassungsrecht	42
1. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes zum Erlass eines Ge- setzes zur Förderung der erneuerbaren Energien im Wärmemarkt	43

a)	Die Systematik der grundgesetzlichen Gesetzgebungskompetenzen	43
aa)	Die Auslegung der Kompetenznormen	43
	(1) Die Auslegung normativ-rezeptiver Kompetenznormen	44
	(2) Die Auslegung faktisch-deskriptiver Kompetenznormen	44
	(3) Die Rechtsprechung des BVerfG: historische Auslegung und Anpassung an sich wandelnde Verhältnisse	45
bb)	Die Zuordnung des Gesetzesvorhabens zu einer Kompetenznorm	46
b)	Das Recht der Luftreinhaltung nach Art. 74 Abs. 1 Nr. 24 GG	47
aa)	Das Begriffsverständnis in GG und BImSchG	47
bb)	Die Luftreinhaltung nach dem BImSchG	48
cc)	Rückschlüsse aus dem BImSchG für die Auslegung des grundgesetzlichen Begriffs	49
c)	Das Recht der Wirtschaft nach Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 GG	49
aa)	Die Systematik des Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 GG	49
bb)	Die Auslegung der Kompetenznorm	50
cc)	Der Inhalt des Begriffs der „Energiewirtschaft“	53
d)	Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 und Nr. 24 GG im System der Kompetenznormen	54
aa)	Das Verhältnis der beiden Normen zueinander	55
bb)	Das Prinzip der konkurrierenden Gesetzgebung und die Auswirkungen der Föderalismusreform	55
e)	Die Zuordnung der verschiedenen Teile eines Fördergesetzes für erneuerbare Energien im Wärmemarkt auf die beiden Kompetenznormen	56
f)	Die Erforderlichkeitsklausel nach Art. 72 Abs. 2 GG	58
aa)	Von der Bedürfnisprüfung zur Erforderlichkeitsklausel	58
bb)	Das Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensver- hältnisse im Bundesgebiet	60
cc)	Das Ziel der Wahrung der Rechtseinheit	60
dd)	Das Ziel der Wahrung der Wirtschaftseinheit	61
ee)	Die Auswirkungen der Föderalismusreform auf die Erforderlichkeitsklausel	62
ff)	Die Erforderlichkeit einer bundesgesetzlichen Regelung	65
g)	Zwischenergebnis zur allgemeinen Gesetzgebungskompetenz des Bundes	65
h)	Zwischenergebnis zur Gesetzgebungskompetenz des Bundes für Gesetzessubventionen	66
2.	Die Kompetenz des Bundes für Steuervergünstigungen	66

a)	Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes zum Erlass steuerrechtlicher Regelungen	66
b)	Die Kompetenz für Steuervergünstigungen	68
3.	Die Kompetenz für Haushaltssubventionen	69
a)	Die Notwendigkeit des Gesetzesvorbehaltes bei Haushaltssubventionen	69
b)	Die Verwaltungskompetenzen des Bundes aus den Art. 87 ff. GG	70
III.	Die Vereinbarkeit mit dem materiellen nationalen Verfassungsrecht - Art. 3 GG und das Gebot der Subventionsgleichbehandlung	71
1.	Die Bedeutung von Art. 3 GG - Abgrenzung zu anderen Verfassungsnormen	71
2.	Der Schutzbereich des allgemeinen Gleichheitssatzes	73
3.	Die Beeinträchtigungen des allgemeinen Gleichheitssatzes	73
4.	Die Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen	73
a)	Die Zuordnungskriterien der Prüfungsintensität	74
b)	Die unterschiedlichen Prüfungsinhalte	74
5.	Der allgemeine Gleichheitssatz im Steuer- und Wirtschaftsrecht	76
6.	Das Gebot der Subventionsgleichbehandlung	77
IV.	Die Vereinbarkeit mit dem Europarecht	78
1.	Das europäische Beihilfenaufsichtsrecht, Art. 87 ff. EGV	78
a)	Die Bedeutung und die Erscheinungsformen staatlicher Umweltschutzbeihilfen	79
b)	Die Konzeption des Beihilfenaufsichtsrechts	80
c)	Der Beihilfiebegriff der Art. 87 ff. EGV	81
aa)	Die begünstigende Wirkung	82
bb)	Die selektierende Wirkung	83
cc)	Die Herkunft der Fördergelder aus staatlichen Mitteln	84
(1)	Die Zurechenbarkeit der Maßnahme zu einer staatlichen Stelle	84
(2)	Die Erforderlichkeit eines staatlichen Finanzopfers	85
d)	Die Voraussetzungen einer Beihilfenaufsicht durch die EG-Kommission	87
aa)	Die Verfälschung des Wettbewerbs durch die Beihilfe	87
bb)	Die Beeinträchtigung des Handels durch die Beihilfe	89
e)	Das grundsätzliche Beihilfeverbot des Art. 87 Abs. 1 EGV	89
f)	Die Ausnahmen vom Beihilfeverbot und das Genehmigungsverfahren	89
g)	Die Ausnahmeregelungen nach Art. 87 Abs. 2 EGV	91
h)	Die Ausnahmeregelungen nach Art. 87 Abs. 3 EGV	92
aa)	Die Beihilfen im gemeinsamen europäischen Interesse nach Art. 87 Abs. 3 lit. b EGV	92
bb)	Die Beihilfen zur Förderung gewisser Wirtschaftszweige nach Art. 87 Abs. 3 lit. c EGV	93

cc) Die übrigen Ausnahmetatbestände des Art. 87 Abs. 3 EGV	94
dd) Die Anforderungen an die Ermessensentscheidung der Kommission	94
i) Zwischenergebnis zur allgemeinen Vereinbarkeit staatlicher Fördermaßnahmen mit dem europäischen Beihilferecht	96
j) Die Vereinbarkeit eines subventionsbasierten Fördermodells mit dem europäischen Beihilferecht	97
2. Die europäische Richtlinie für erneuerbare Energien	98
a) Der Vorschlag der Kommission vom 23.01.2008	98
b) Der vom Parlament am 17.12.2008 angenommene Text	98
c) Die Vereinbarkeit eines subventionsbasierten Fördermodells mit der europäischen Richtlinie für erneuerbare Energien	99
V. Die funktionale Bewertung	100
VI. Zwischenergebnis	101
B. Die abgabenrechtlichen Ansätze	101
I. Zum Begriff der Umweltabgaben	101
II. Mögliche Ausgestaltungsformen	102
III. Die Begrifflichkeiten des Finanzverfassungsrechtes	103
1. Die Finanzverfassung	103
2. Der Steuerbegriff	104
3. Die nicht-steuerlichen Abgaben	104
IV. Die Besteuerung fossiler Energieträger	105
1. Die Öko- und Umweltsteuern	105
2. Derzeitige Energiesteuern	105
3. Die Darstellung des Systemansatzes	106
4. Die Vereinbarkeit mit dem formellen nationalen Verfassungsrecht	107
a) Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes	107
b) Der Steuerinterventionismus und die Lenkungssteuern	107
c) Die Zweckbindung von Steuereinnahmen	109
d) Der Begriff des Steuerstaates und die Rechtfertigung der Steuererhebung	111
e) Die Möglichkeiten einer ökologischen Rechtfertigung der Steuererhebung	111
f) Das Steuerfindungsrecht und die Vereinbarkeit von Energiesteuern mit dem Finanzverfassungsrecht	115
g) Zwischenergebnis zur finanzverfassungsrechtlichen Zulässigkeit umweltrechtlicher Steuermodelle	118
5. Die Vereinbarkeit mit dem materiellen nationalen Verfassungsrecht	118
a) Die Berufsfreiheit, Art. 12 Abs. 1 GG	119
aa) Der Schutzbereich der Berufsfreiheit	119
(1) Die Berufsfreiheit natürlicher Personen	119

(2) Die Anwendbarkeit von Art. 12 GG auf juristische Personen	119
(3) Die Unternehmensfreiheit	120
(4) Die Abgrenzung zu anderen Grundrechten	121
bb) Die Systematik der Eingriffstatbestände	122
(1) Die direkten Eingriffe in die Unternehmensfreiheit	122
(2) Die indirekten Eingriffe in die Unternehmensfreiheit	122
cc) Die Systematik der Rechtfertigungstatbestände – Stufentheorie	123
(1) Die objektiven Zulassungsbeschränkungen	123
(2) Die subjektiven Zulassungsbeschränkungen	124
(3) Die Eingriffe in die Berufsausübungsfreiheit	125
dd) Die Vereinbarkeit der Besteuerung fossiler Energieträger mit Art. 12 GG	126
b) Die Freiheit des Eigentums, Art. 14 Abs. 1 GG	128
aa) Der Schutzbereich der Eigentumsfreiheit	128
(1) Die Gewährleistungen der Eigentumsfreiheit	128
(2) Der Eigentumsbegriff	129
(a) Der Schutz des Grundeigentums und der Baufreiheit	130
(b) Das Unternehmen als verfassungsrechtliches Eigentum - das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	131
(c) Die öffentlich-rechtlichen Positionen als Schutzgut des Art. 14 GG	134
(d) Die Auferlegung öffentlich-rechtlicher Geldleistungspflichten	134
(3) Anwendbarkeit von Art. 14 GG auf juristische Personen	135
(4) Die Abgrenzung von Art. 14 GG zur Berufsfreiheit	136
bb) Die Systematik der Eingriffstatbestände	137
(1) Die Inhalts- und Schrankenbestimmungen	137
(2) Die Enteignungen	138
(3) Die enteignenden und die enteignungsgleichen Eingriffe	138
cc) Die Systematik der Rechtfertigungstatbestände	139
(1) Die allgemeinen Grenzen zulässiger Inhalts- und Schrankenbestimmungen	139
(a) Institutsgarantie, Bestandsgarantie und Sozialbindung als Rahmen der Inhalts- und Schrankenbestimmungen	139
(b) Die Abgrenzung von Inhaltsbestimmungen und Schrankenbestimmungen	141
(c) Die Grenzen zulässiger Inhaltsbestimmungen	141

(d) Die Grenzen zulässiger Schrankenbestimmungen	142
(2) Die konkrete Rechtfertigungsprüfung	143
(3) Die enteignenden und die enteignungsgleichen Eingriffe	145
dd) Die Vereinbarkeit der Besteuerung fossiler Energieträger mit Art. 14 GG	145
c) Die Vereinbarkeit der Besteuerung fossiler Energieträger mit Art. 3 Abs. 1 GG	147
d) Das Ökosteuer-Urteil des Bundesverfassungsgerichts	149
6. Die Vereinbarkeit mit dem Europarecht	151
a) Die Vereinbarkeit mit der Warenverkehrsfreiheit	151
b) Die Vereinbarkeit mit der europäischen Zollunion	151
c) Die Vereinbarkeit mit dem Verbot diskriminierender inländischer Abgaben	152
aa) Das Verhältnis zu den Vorschriften der Zollunion nach Art. 23, 25 EGV	152
bb) Die Voraussetzungen des Art. 90 EGV	153
(1) Die Gleichartigkeit der belasteten Waren	153
(2) Die Belastungsgleichheit	153
cc) Die Energiesteuern und Art. 90 EGV	154
d) Die Vereinbarkeit mit dem europäischen Beihilferecht	155
e) Die Vereinbarkeit mit den europäischen Steuerrichtlinien	156
aa) Die Vereinbarkeit mit der allgemeinen Verbrauchsteuerrichtlinie	156
bb) Die Vereinbarkeit mit der Richtlinie über die Besteuerung von Energieerzeugnissen	158
cc) Zwischenergebnis	159
f) Die Vereinbarkeit mit der Richtlinie für erneuerbare Energien	159
7. Die funktionale Bewertung	160
V. Die sonstigen steuerrechtlichen Ansätze	161
1. Die Besteuerung des Inverkehrbringens von Heizanlagen	161
2. Die Besteuerung des Erwerbs von Heizanlagen	162
3. Die Verbilligung erneuerbarer Energien durch die Streichung oder Senkung der Umsatzsteuer	162
a) Die Vereinbarkeit mit dem nationalen Recht	162
b) Die Vereinbarkeit mit dem europäischen Recht	163
4. Die Förderung der erneuerbaren Energien im Rahmen der direkten Steuern	163
a) Die Vereinbarkeit mit dem nationalen Recht	164
b) Die Vereinbarkeit mit europäischem Recht	164
c) Die funktionale Bewertung	164

VI. Die Sonderabgaben	165
1. Die Anknüpfungspunkte der Abgabepflicht der auf Sonderabgaben beruhenden Modelle	165
2. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Sonderabgaben	166
a) Die verfassungsrechtlichen Bedenken hinsichtlich der Zulässigkeit von Sonderabgaben	166
b) Die Zulässigkeitsvoraussetzungen nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	167
aa) Die Homogenität der Gruppe der Abgabepflichtigen	168
bb) Die Gruppenverantwortung	170
cc) Die Gruppennützigkeit	171
dd) Die Verfolgung eines Sachzwecks, Dokumentations- und Überprüfungspflichten	173
3. Die Erhebungs- und Ertragskompetenz für Sonderabgaben	174
4. Die Sonderabgaben mit Finanzierungsfunktion und die „Ausgleichsabgaben eigener Art“	174
5. Die Vorteilsabschöpfungsabgabe und ihre Abgrenzung zu den Sonderabgaben	175
6. Zwischenergebnis zur Zulässigkeit umweltrechtlicher Sonderabgaben	177
VII. Zwischenergebnis zur Zulässigkeit der abgabenrechtlichen Ansätze	177
C. Zwischenergebnis zu den fiskalischen Förderinstrumenten	177
D. Die Abnahme-, Absatz- und Vergütungspflichten	178
I. Das Bonusmodell	178
1. Die Darstellung des Systemansatzes	178
a) Die Parallelen zum EEG und die Besonderheiten des Wärmemarktes	179
b) Die Varianten des Bonusmodells	180
aa) Der staatliche Fonds und die Sonderabgabenproblematik	180
bb) Die Varianten der Händlermodelle und des Verbrauchermodells	180
2. Die Vereinbarkeit mit dem formellen nationalen Verfassungsrecht	182
a) Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes	182
b) Die Vereinbarkeit mit dem Finanzverfassungsrecht	182
3. Die Vereinbarkeit mit dem materiellen nationalen Verfassungsrecht	184
a) Die Vereinbarkeit mit der Berufsfreiheit, Art. 12 GG	184
b) Die Vereinbarkeit mit der Eigentumsfreiheit, Art. 14 GG	187
4. Die Vereinbarkeit mit dem Europarecht	188

a)	Der europäische Binnenmarkt, insbesondere die Warenverkehrsfreiheit, Art. 23 ff. EGV	188
aa)	Das Verhältnis der Binnenmarktregelungen zum Beihilferecht	188
bb)	Die Voraussetzungen des Art. 28 EGV	189
(1)	Das Vorliegen einer Ware	189
(2)	Die mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen	190
(3)	Die Maßnahmen gleicher Wirkung	190
cc)	Die Rechtfertigung von Verstößen gegen die Warenverkehrsfreiheit	191
(1)	Die Rechtfertigung nach Art. 30 EGV	191
(2)	Die Cassis-de-Dijon-Rechtsprechung	193
(3)	Die unterschiedslos anwendbaren Regelungen	194
(4)	Die Verhältnismäßigkeitsprüfung	195
(a)	Die Geeignetheit der Regelung	196
(b)	Die Erforderlichkeit der Regelung	196
(c)	Die Angemessenheit der Regelung	197
dd)	Zwischenergebnis zur allgemeinen Vereinbarkeit staatlicher Fördermaßnahmen mit dem europäischen Binnenmarktrecht	198
ee)	Die Vereinbarkeit des Bonusmodells mit der Warenverkehrsfreiheit, Art. 28 EGV	198
b)	Die Vereinbarkeit des Bonusmodells mit dem Beihilferecht, Art. 87 EGV	201
c)	Die Vereinbarkeit des Bonusmodells mit der Richtlinie für erneuerbare Energien	202
5.	Die funktionale Bewertung	202
6.	Zwischenergebnis	202
II.	Das Quotenmodell	203
1.	Die Darstellung des Systemansatzes	203
2.	Die Vereinbarkeit mit dem formellen nationalen Verfassungsrecht	203
a)	Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes	203
b)	Die Vereinbarkeit mit dem Finanzverfassungsrecht	204
3.	Die Vereinbarkeit mit dem materiellen nationalen Verfassungsrecht	204
4.	Die Vereinbarkeit mit dem Europarecht	205
a)	Die Vereinbarkeit mit der Warenverkehrsfreiheit, Art. 28 EGV	205
b)	Die Vereinbarkeit mit dem Beihilferecht, Art. 87 EGV	206
c)	Die Vereinbarkeit mit der Richtlinie für erneuerbare Energien	206
5.	Die funktionale Bewertung	206
6.	Zwischenergebnis	207

E. Die Nutzungspflichtmodelle	207
I. Darstellung denkbarer Ausgestaltungsformen	207
1. Die „einfache“ Nutzungspflicht als Ausgangsmodell	207
2. Die Nutzungspflicht mit Ersatzabgabe	209
3. Die Nutzungspflicht mit Gutschriftenhandel	209
II. Die Vereinbarkeit mit dem formellen nationalen Verfassungsrecht	210
1. Die Gesetzgebungskompetenz	210
2. Die Vereinbarkeit mit dem Finanzverfassungsrecht	210
a) Die Ersatzabgabe in der Variante „allgemeiner Haushalt“	210
b) Die Ersatzabgabe in der Variante „Sonderfonds“	211
III. Die Vereinbarkeit mit dem materiellen nationalen Verfassungsrecht	214
1. Die Vereinbarkeit mit der Eigentumsfreiheit, Art. 14 GG	214
2. Die Vereinbarkeit mit dem allgemeinen Gleichheitssatz, Art. 3 GG	217
IV. Die Vereinbarkeit mit dem Europarecht	218
1. Die Vereinbarkeit mit der Warenverkehrsfreiheit, Art. 28 EGV	218
2. Die Vereinbarkeit mit dem Beihilferecht, Art. 87 EGV	220
3. Die Vereinbarkeit mit der europäischen Richtlinie für erneuerbare Energien	221
V. Funktionale Bewertung	222
1. Der Regelungsaufwand	222
2. Der Vollzugsaufwand	222
3. Die ökonomische Wirksamkeit	223
VI. Zwischenergebnis	224
F. Die Emissionshandelssysteme	225
I. Das bestehende Emissionshandelssystem	225
II. Die möglichen Varianten des Emissionshandels im Wärmemarkt	227
III. Die Vereinbarkeit mit dem formellen nationalen Verfassungsrecht	228
IV. Die Vereinbarkeit mit dem materiellen nationalen Verfassungsrecht	228
1. Die Vereinbarkeit mit der Eigentumsfreiheit, Art. 14 GG	228
2. Die Vereinbarkeit mit der Berufsfreiheit, Art. 12 GG	229
3. Die Vereinbarkeit mit dem allgemeinen Gleichheitssatz, Art. 3 GG	230
V. Die Vereinbarkeit mit dem Europarecht	230
1. Die Vereinbarkeit mit der europäischen Emissionshandelsrichtlinie	230
2. Die Vereinbarkeit mit der Richtlinie für erneuerbare Energien	231
3. Die Vereinbarkeit mit dem primären Europarecht	231
VI. Funktionale Bewertung	232
VII. Zwischenergebnis	233
G. Die Förderung des Ausbaus von Nah- und Fernwärmenetzen	233
I. Zum Begriff der Wärmenetze	233
II. Die Bedeutung der Wärmenetze	234

III. Die mögliche Ausgestaltung eines Fördergesetzes	234
IV. Die Anordnung eines Anschluss- und Benutzungszwangs an ein Wärmenetz	235
1. Zum Begriff des Anschluss- und Benutzungszwangs	235
2. Die bisherige Rechtslage ohne ein Fördergesetz des Bundes	235
3. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes	238
V. Zwischenergebnis	238
H. Zwischenergebnis zur Bewertung der Förderinstrumente	239
 Kapitel 3: Das EEWärmeG des Bundes, das EEWärmeG des Landes Baden-Württemberg und sonstige Initiativen auf Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen	 240
A. Das EEWärmeG des Bundes	240
I. Die Gesetzgebungsgeschichte des EEWärmeG	240
II. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes	241
1. Das Bestehen einer Kompetenzgrundlage	241
2. Die Erforderlichkeit eines Tätigwerdens des Bundes nach Art. 72 Abs. 2 GG	241
a) Die Erforderlichkeit zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse	241
b) Die Erforderlichkeit zur Wahrung der Rechtseinheit	242
c) Die Erforderlichkeit zur Wahrung der Wirtschaftseinheit	242
III. Die Grundkonzeption des EEWärmeG	245
1. Die Nutzungspflicht als erste Säule des Gesetzes	245
a) Der Anwendungsbereich der Nutzungspflicht	245
b) Der Inhalt der Nutzungspflicht	246
2. Das Marktanreizprogramm als zweite Säule des Gesetzes	248
3. Ergänzende Instrumente des EEWärmeG	249
a) Der Anschluss- und Benutzungszwang aus Gründen des Klimaschutzes	249
b) Die Ordnungswidrigkeitentatbestände im EEWärmeG	250
IV. Die Einordnung in die Systematik der dargestellten Lenkungsinstrumente	251
V. Ausgewählte Probleme aus dem EEWärmeG	251
1. Die Ausklammerung des Gebäudebestandes	251
2. Das Verhältnis zur EnEV	253
3. Fragen der Gesetzgebungskompetenz	255
a) Art. 74 Abs. 1 Nr. 24 GG als alleinige Kompetenzgrundlage	255
b) Die Erforderlichkeit einer abschließenden Regelung im EEWärmeG	256
c) Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für § 16 EEWärmeG	258
4. Das Verhältnis zu § 9 Abs. 1 Nr. 23 lit. b BauGB	262

B. Das EWärmeG des Landes Baden-Württemberg	263
I. Die Gesetzgebungskompetenz eines Bundeslandes	264
1. Die Gesetzgebungskompetenz bis zur Verkündung eines Bundesgesetzes	264
2. Die Möglichkeiten des Landesgesetzgebers trotz Bestehen eines Bundesgesetzes	264
a) Der Umfang einer bundesgesetzlichen Sperrwirkung	265
b) Die Möglichkeit von abweichenden Landesregelungen durch Ermächtigungen und Vorbehalte im Bundesgesetz	266
c) Die verbleibenden Länderkompetenzen nach dem EEWärmeG des Bundes	267
II. Das Verhältnis zum EEWärmeG des Bundes	268
1. Der verbleibende Regelungsbereich des EWärmeG	268
2. Die Möglichkeiten finanzieller Förderungen nach dem MAP des Bundes	270
III. Die Grundkonzeption des EWärmeG	271
1. Der sachliche und persönliche Anwendungsbereich des Gesetzes	271
2. Die einheitlichen Mindestdeckungsanteile	272
3. Die Ausnahmen und Ersatzmaßnahmen	272
4. Die „Solarfixierung“ des Gesetzes	273
IV. Die Einordnung in die Systematik der dargestellten Lenkungsinstrumente	274
V. Die Bewertung des Gesetzes	275
C. Das Berliner Energiespargesetz	276
D. Kommunale Ansätze zur Förderung der erneuerbaren Energien im Wärmemarkt	277
I. Das „Vellmarer Modell“ des städtebaulichen Solarvertrags	277
II. Das „Marburger Modell“ der solaren Nutzungspflicht durch eine kommunale Satzung	279
1. Der Inhalt der Satzung	279
2. Die kommunalaufsichtliche Beanstandung der Satzung	280
E. Die Bewertung des EEWärmeG – Ausblick in die Zukunft	282
Literaturverzeichnis	286
Verzeichnis der Gesetzgebungsmaterialien	302
Verzeichnis der Entwürfe für ein EEWärmeG	305